Grünes Ruhrgebiet – sozial, solidarisch, vielfältig und für alle

Nach Moskau, Istanbul, Paris und London ist das Ruhrgebiet mit seinen 5,1 Millionen Einwohner*innen der fünftgrößte Ballungsraum in Europa. Das Ruhrgebiet und der Regionalverband Ruhr (RVR) haben Gewicht – oder besser: Sie könnten Gewicht haben, wenn die 53 Städte in der Region an einem Strang ziehen und ihre Kraft politisch gemeinsam in die Waagschale werfen.

Der RVR ist der älteste und größte Kommunalverband in Deutschland. Er beschäftigt sich seit seiner Gründung als Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk im Jahre 1920 damit, wie sich das Ruhrgebiet weiter entwickeln soll. Durch die Übertragung der Regionalplanung auf den RVR wurde diese Aufgabe der räumlichen Planung der ganzen Region gestärkt. Die Kulturhauptstadt Ruhr 2010, jugendliche Großveranstaltungen wie die Ruhr Games, die Manifesta 2026 und die Internationale Gartenbauausstellung 2027 haben und werden weiter zum Zusammenwachsen der Region beitragen.

Nach dem RVR-Gesetz hat der RVR ausdrücklich die Aufgabe, dem „Gemeinwohl der Metropole Ruhr“ zu dienen und ist das politische Sprachrohr des Ruhrgebietes. Die Linke ist dafür, dass diese Rolle des RVR weiter gestärkt wird! Er kann auch direkt Aufgaben der Kommunen übernehmen – auch das sollte stärker umgesetzt werden.

Finanziert wird der RVR von den elf kreisfreien Städten und den vier Landkreisen im Ruhrgebiet und durch Fördermittel für viele Projekte. Womit er sich konkret beschäftigt, beschließt die Verbandsversammlung des RVR, das Ruhrparlament, das bei den Kommunalwahlen am 14. September 2025 neu gewählt wird.

Sichtbar und erlebbar wird die Arbeit des Verbandes für die Einwohner*innen unter anderem bei den Halden, die vom Bergbau hinterlassen wurden, den Freizeitgesellschaften, im Emscher Landschaftspark oder den zahlreichen „Highlights“ der Route der Industriekultur, aber auch bei Großveranstaltungen wie den Ruhr Games und der Extraschicht.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ruhrgebiet ist nach Jahrzehnten des Niedergangs von Kohlebergbau und Stahlindustrie wieder positiv. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat 2025 mit knapp 1,9 Millionen einen Höchststand erreicht. Auch die Zahl der Studierenden ist mit 250.000 auf dem bisherigen Höchststand. Die Aufgaben sind aber nach wie vor riesig: Denn die Kehrseite dieser Entwicklung ist eine Armutsquote von über 22 Prozent, die zu den höchsten bundesweit gehört und die Verfestigung von struktureller Armut deutlich macht. Der Strukturwandel ist also noch nicht zu Ende – vor allem die sozialen Folgen müssen noch überwunden werden.

Zweite Direktwahl: Die Linke wird gebraucht!

Die Linke hat sich mit als erste Partei für die Direktwahl des Ruhrparlaments stark gemacht, die am 14. September 2025 erst das zweite Mal stattfindet. Vorher wurden die Mitglieder des Ruhrparlamentes von den Räten und Kreistagen in der Region entsandt. Die Direktwahl bedeutet ein Mehr an Demokratie.

Für die nächsten Jahre hat der RVR ein strategisches Ziel beschlossen: Das Ruhrgebiet soll die grünste Industrieregion der Welt werden – wobei die grünste Industrieregion Europas oder einfach „die“ grüne Industrieregion ja auch schon mal etwas wäre. Die Linke trägt dieses Ziel mit, denn es verbindet den Erhalt der Industrie und Handwerk mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und einer besseren Lebensqualität für alle.

Die Industrie ist zwar stark geschrumpft, sie ist aber immer noch eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensgrundlage eines großen Teils der Bevölkerung. 226.000 Menschen arbeiten nach wie vor in Industriebetrieben, viele Beschäftigte z.B. im Handwerk leben von Aufträgen der Industrie. **Soziale Gerechtigkeit** gehört für uns zum Ziel einer grünen, nachhaltigen Industrieregion. Und dafür wird Die Linke gebraucht. Welche Partei sollte dieses Ziel, der sozialen Gerechtigkeit sonst konsequent verfolgen?

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns **Armut zu beseitigen:** In Gelsenkirchen liegt die Arbeitslosenquote immer noch bei 14,8 Prozent und das durchschnittliche Jahreseinkommen bei gerade einmal 18.522 Euro. Jede*r Vierte kann ohne Bürgergeld oder andere Sozialleistungen nicht leben, bei den Kindern ist es fast jedes Zweite. Manche Familien leben seit Generationen in Armut, das Gefälle zwischen den Stadtteilen ist groß, die Zahl von Menschen ohne Schulabschluss steigt. Das Ruhrgebiet muss deshalb eine Musterregion im Kampf gegen Armut werden.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns **bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum**: Nach dem Wohnungsmarktbericht Ruhr lagen die Mieten im Ruhrgebiet 2022 mit 7,21 Euro für wiedervermietete und 11 Euro für erstvermietete Wohnungen zwar unter denen anderer Ballungszentren. Gerade in Essen und Dortmund sind die Steigerungsraten aber hoch, im vierten Quartal 2024 lagen sie über 8 % höher als im Vorjahreszeitraum – knapp hinter Berlin, wo die Mieten im gleichen Zeitraum um 8,5 % stiegen. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, wobei die Sanierung des überalterten Wohnungsbestandes für uns Vorrang hat.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns **Umwelt-** und **Klimagerechtigkeit**: Wie die Klimaanalysen des RVR für die Städte zeigen, sind es im Ruhrgebiet in der Regel gerade die armen Stadtteile in den Großstädten, die am meisten von schlechter Luft, Hitze und wenig Grün betroffen sind, ebenso der Gürtel von Stadtteilen entlang der A 40 und der A 42.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns **bessere Bildung für alle**: Es muss sich dringend etwas daran ändern, dass der Anteil von Menschen ohne Schulabschluss im Ruhrgebiet höher und der Anteil der Ganztagsangebote geringer ist, als in anderen Regionen.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns **gute Integration von Zuwanderern**: Das Ruhrgebiet ist seit über 150 Jahren Zuwanderungsregion, heute leben Menschen aus 170 Ländern hier. Fast alle haben eine Einwanderungsgeschichte – nur der Zeitpunkt ist unterschiedlich. Dass Integration in der Region gelingt, kann man nicht zuletzt an den positiven Effekten der Migrantischen Ökonomie messen. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an den Selbständigen liegt bei rund 25 Prozent, ihre Aktivitäten zur Gründung von Betrieben sind höher. Mehr Teilhabe für alle statt Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit, Rassismus und geschürtem Hass!

Um soziale Gerechtigkeit zu erreichen, müssen die Ziele und Aufgaben des RVR in den kommenden fünf Jahren stärker auf den Prüfstand gestellt werden. Der sozial-ökologische Wandel, der Umbau der Industrie und der gesamten Region in Richtung Klimaneutralität braucht einen starken RVR: Mehr Kooperationen der Städte und Landkreise unter dem Dach des RVR, die Übertragung kommunaler Aufgaben auf den RVR und eine starke politische Stimme für die Region – darum geht es. Das ist auch wichtig, um das Demokratiebewusstsein zu stärken und das Erstarken rechter Kräfte wie der AfD zu stoppen.

Die 17 Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) können dabei als eine wichtige Orientierung dienen. Die Linke wird das Verwaltungshandeln daran messen.
Um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, brauchen die Kommunen eine Lösung der Altschuldenfrage durch Bund und Land und einen höheren Anteil allgemeiner Finanzzuweisungen. Nur so kann der seit Jahren bestehende Investitionsstau in die soziale Infrastruktur, die Beseitigung von Defiziten in der Gestaltung der Bildungs-, Sport- und Kulturlandschaft sowie Programme zur Beseitigung der Armut gelingen.

1. Den RVR stärken und zum Sprachrohr der Region machen

Die Linke will die „Kirchturmpolitik“ der Vergangenheit überwinden und tritt für mehr Kooperation zwischen den Städten und Kreisen der Region, den Mitgliedskommunen des RVR, ein. Netzwerkmanagement ist eine der Kernaufgaben des RVR. Gute Beispiele wie das Geonetzwerk Ruhr, der Arbeitskreis der Stadtplaner, das Netzwerk der EU-Beauftragten und der Arbeitskreis Radwegeplanung gilt es auszubauen. Darüber hinaus müssen dem RVR mehr Entscheidungsbefugnisse übertragen werden, auch von den Kommunen.

Damit das gelingt, muss der Kommunalrat stärker zum Berater des Parlaments und seiner Ausschüsse werden und Themen der Kooperation und der Aufgabenübertragung endlich lösungsorientiert angehen. Die Sprecher*innen der Beigeordnetenkonferenzen sollten regelmäßig an den

Ausschussberatungen im RVR teilnehmen, um über die Themen der fachlichen Arbeit zu informieren und Anregungen entgegenzunehmen.

In den letzten fünf Jahren neu auf den Weg gebrachte Projekte, wie die Übertragung der Radwegepflege auf den RVR, der Einsatz von Ranger*innen in kommunalen Wäldern oder die Übernahme von Aufgaben der Grünpflege durch den RVR müssen verstetigt werden und auf das Verbandsgebiet ausgerollt werden.

Gleichzeitig muss die Region in Brüssel, Straßburg, Berlin und Düsseldorf sichtbarer werden.

Wir sind für

- eine stärkere Regionalisierung von Aufgaben unter dem Dach des RVR.
- eine stärkere Einbindung von Vertreter*innen des Ruhrparlaments in die Gremien des Städtetags NRW.
- das Ende der „Fremdbestimmung“ durch die drei Bezirksregierungen bei der Umsetzung von Förderprogrammen von Land, Bund oder EU. Die Aufgaben der drei Bezirksregierungen sollten zunehmend auf den RVR übertragen werden.
- die schnelle Einrichtung des beschlossenen Europabüros in Brüssel. Die Forderungen des Ruhrgebietes zur zukünftigen Gestaltung der Kohäsionspolitik müssen weiter im Mittelpunkt der Arbeit stehen. Ein mehr an Strukturförderung ist ebenso notwendig, wie die Erleichterung der Förderzugänge und die Senkung der finanziellen Beteiligung der Kommunen.
- den Ausbau der Zusammenarbeit mit der polnischen Partnerregion, dem Metropolenverbund Górnośląsko-Zagłębiowska Metropolia, und der englischen Region Greater Manchester.

Nach außen muss es stärker sichtbar werden, was der RVR und das Ruhrparlament für die Region und ihre Menschen machen. Hierzu bedarf es eines stärkeren Austausches mit Bürger*innen, Verwaltungen, Institutionen und Politiker*innen in den Kommunen.

Gleichzeitig muss der RVR ein guter Arbeitgeber für seine Beschäftigten sein. Sie sind auch wichtige „Botschafter*innen“ des Ruhrgebietes!

Wir sind für

- die Beibehaltung der Live-Übertragungen der Sitzungen der Verbandsversammlung und ihre Abrufbarkeit für den Zeitraum der Wahlperiode.
- eine weitere personelle Stärkung der Verwaltung des RVR, denn bereits heute arbeiten viele Bereiche am Limit.
- die Abschaffung befristeter Stellen, in einem ersten Schritt aller sachgrundlosen.
- die Förderung von Frauen in Leitungspositionen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Ausbau der interkulturellen und diversen Ausrichtung der Verwaltung.
- eine stärkere gemeinsame Positionierung des RVR und der Kommunen zur Bündelung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben.
- eine Analyse, in welchen Bereichen im Zuge der Digitalisierung durch die Schaffung gemeinsamer Programme und Plattformen stärker zusammengearbeitet werden kann, über die Vernetzungsplattform RuDi Ruhr hinaus.

2. Stärkung einer nachhaltigen, beteiligungsorientierten Planung

Der RVR steht mit der Regionalplanung zwischen der Landesplanung im Landesentwicklungsplan (LEP) und der kommunalen Planung in Flächennutzungsplänen, Landschaftsplänen und Bebauungsplänen. Der RVR sollte noch stärker als bisher den Grundsätzen einer nachhaltigen, beteiligungsorientierten Planung folgen. Bei der Umsetzung des Handlungsprogramms zum Regionalplan gilt es konkrete Fortschritte u.a. in den Themenfeldern Wohnen, Wirtschaft, Mobilität zu erzielen. Soziale Fragen und Klimaanpassung gehören als allgemeine Querschnittsaufgaben mitgedacht.

Der RVR hat bei der Erarbeitung des Regionalplans gute Erfahrungen mit einer beteiligungsorientierten Planung in Dialogverfahren gemacht. Differenzen mit den Kommunen konnten oft im Vorfeld der Planung gemeinsam gelöst werden. Diese Rolle als Moderator muss gestärkt werden. Wir brauchen nicht nur neue Formate zur Bürgerbeteiligung, sondern auch Bildungsangebote zur Selbstbefähigung der zu Beteiligenden. Dabei ist auch das Thema einfache Sprache und die neue Zielgruppe Kinder und Jugendliche in den Fokus zu nehmen.

Mehr als die Hälfte der Einwohner*innen des Ruhrgebiets hat einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Der Bestand an geförderten „Sozialwohnungen“ schrumpft jedoch immer weiter und deckt den Bedarf schon lange nicht mehr. Wir brauchen mehr preiswerten, geförderten, aber qualitativ guten Wohnraum, was auch der Wohnungsmarktbericht Ruhr immer wieder deutlich macht. Der Wohnungsmarktbericht muss zu einem wohnungspolitischen Entwicklungskonzept weiterentwickelt werden.

Gleichzeitig muss eins der wichtigen Ursprungsziele des Siedlungsverbandes Ruhr, die Sicherung, Qualifizierung und Weiterentwicklung von Freiräumen Planungsmaßgabe sein.

Wir sind für

- eine Innovationsoffensive Wohnen, die zusammen mit den Kommunen endlich ausgestaltet wird.
- eine Sammlung von Best Practice-Beispielen zur Umwandlung leerstehender Gewerbeimmobilien und Kirchen in Wohngebäude und zum Bauen im Bestand. Mehr als 60 Prozent des Wohnungsbestandes des Ruhrgebietes sind vor 1969 entstanden.
- eine nachhaltige, demokratische und soziale Regionalentwicklung, die den Konflikt mit der Landesregierung nicht scheut, auch beim Kiesabbau, der im Kreis Wesel zu kommunalen Klagen gegen den Regionalplan geführt hat.

Änderungsverfahren zum Regionalplan müssen u.a. den besseren Schutz landwirtschaftlicher Böden sicherstellen und Perspektiven eröffnen, wie der Weg des Ausstiegs aus der Kiesgewinnung beschritten werden kann.

Die Kiesunternehmen sind stärker in die Pflicht zu nehmen, sich an der Rekultivierung der Abgrabungsgebiete zu beteiligen – im Konsens mit den Bürger*innen und Kommunen im Kreis Wesel.

Dazu muss seitens des Landes endlich ein neues Bedarfsberechnungsverfahren im LEP festgeschrieben werden, dass sich nicht ausschließlich am Verbrauch der vergangenen Jahre orientiert. Die Verpflichtung zum Baustoffrecycling gilt es auszuweiten. Die Linke ist für die Einführung eines „Kies- und Sandpfennigs“.

Wir sind für

- ein Konzept des RVR, wie das Ziel „Null“ beim Flächenverbrauch erreicht werden kann. Flächen sind begrenzt und nicht vermehrbar.
- den Vorrang der Wiedernutzung von versiegelten Flächen bei der Ausweisung von Flächen für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Infrastrukturausbau usw. Für die Erschließung und Beseitigung von Altlasten müssen mehr Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig müssen Möglichkeiten geschaffen werden, gegen den Stillstand durch Altbesitzer vorzugehen.
- die Weiterentwicklung und Sicherung der Regionalen Grünzüge gegen Zersiedelung und Zerschneidung durch Verkehrswege.
- ein generelles Vorkaufsrecht beim Flächenerwerbs durch die Kommunen und die Einrichtung eines Grundstücksfonds durch das Land NRW.
- die beteiligungs- und konsensorientierte Klärung von Konflikten und Anregungen bei künftigen Regionalplanänderungsverfahren.

Auch bei der Planung von neuen Deponien setzen wir auf Beteiligung und Konsens. Neue Kapazitäten werden gebraucht. Die im Regionalplan ausgewiesenen Flächen sollten genutzt werden, um sie perspektivisch zu entwickeln. Bei den Deponien bedarf es entsprechender Mechanismen zur Kontrolle der Einhaltung aller Auflagen zum Schutz des Bodens und des Grundwassers.

Ein wichtiges Planungsinstrument zur Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen sind die Regionalen Kooperationsstandorte, die es ermöglichen, dass mehrere Kommunen die Gewerbeflächen für die Ansiedlung großer Unternehmen nutzen. Überall dort, wo die Schaffung dieser Standorte durch die Kommunen beschlossen worden ist, soll in den kommenden Jahren im Zusammenwirken mit den Kommunen, den Wirtschaftsförderungsgesellschaften, der Business Metropole Ruhr GmbH (BMR) und Interessenten eine schnelle Entwicklung der Flächen erfolgen. Dabei sind im Rahmen städtebaulicher Verträge Umweltstandards und mehr sozialversicherungspflichtige Industriearbeitsplätze festzulegen.

Die Landwirtschaft im RVR wirtschaftet im Kerngebiet der Metropolregion in beengten, zerschnittenen Lagen zwischen Siedlungen und Gewerbeflächen. Zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Gestaltung einer abwechslungsreichen Kultur- und Erholungslandschaft ist im Freiraum eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete, standort-, umwelt- und tierartgerechte Landbewirtschaftung erforderlich.

Wir sind für

- den Erhalt von Landwirtschaftsflächen unter stärkerer Berücksichtigung von Natur- und Umweltschutzbelangen. In der Regionalplanung eröffnet das neue Planzeichen „Landwirtschaftliche Kerngebiete“ neue Handlungsmöglichkeiten.
- die stärkere Einbindung des Runden Tisches Landwirtschaft in Diskussionen um die produktive Nutzung des Emscher Landschaftsparks und die Grüne Infrastrukturentwicklung.
- die Unterstützung non Projekten zum Aufbau solidarischer Landwirtschaftsbetriebe und der Direktvermarktung.

3. Sozial-ökologischer Umbau der Region

Die Zeit, in der das Ruhrgebiet das industrielle „Herz“ der bundesdeutschen Wirtschaft war, ist lange vorbei. Die aktuellen Entwicklungen in der Stahl- und Chemieindustrie zeigen, dass der Erhalt, der Ausbau und die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze stark vom schnellen Umbau der Industrieproduktion für den Einsatz erneuerbarer Energien und grünem Wasserstoff abhängt. Mit den Entscheidungen von ThyssenKrupp zur Stahlsparte steht inzwischen eine massive Deindustrialisierung im Raum. Jeder Arbeitsplatz bei Thyssen-Krupp kostet weitere fünf Arbeitsplätze.

Trotz aller Erfolgsmeldungen zur Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist erkennbar, dass die Industriearbeitsplätze kontinuierlich zurückgehen. Die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich steigt fast in gleichem Maße. Gleichzeitig steigt der Anteil von Teilzeitbeschäftigung in 2023 auf 30,2 Prozent, eine Verdopplung im Vergleich zu 1999.

Bei der Zahl der Langzeiterwerbslosen hat das Ruhrgebiet weiterhin eine Spitzenposition in der Bundesrepublik. In manchen Stadtteilen sind mehr als ein Fünftel der Einwohner*innen und mehr als die Hälfte der Kinder auf Bürgergeld angewiesen und damit arm. Armut und Überschuldung der Städte tragen ein Übriges dazu bei.

Auch die Versprechen der schwarz-grünen Landesregierung zur Förderung des Ruhrgebietes haben bisher zu keinen nennenswerten Erfolgen geführt. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Logistik steigt weiter – Jobs, die nicht zukunftsfähig sind und oft schlecht bezahlte, schwere Arbeit bieten. Die Gewerkschaften kämpfen mit vielen Großen der Logistik-Branche seit Jahren um gute Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, um Tarifverträge und die Bildung von Betriebsräten. Die Mitbestimmung, deren Wiege das Ruhrgebiet war, wird von ihnen mit Füßen getreten.

Die Linke will ein Programm für den sozial-ökologischen Umbau Ruhr. Ein solches Transformationsprogramm muss in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden wie auch den Gewerkschaften entwickelt werden. In ihm sollen endlich politische Vorstellungen für die Entwicklung der Region ohne soziale und klimapolitische Verwerfungen entwickelt werden. Das ist der Weg zu einer Musterregion für die Überwindung von Armut und mehr Klimagerechtigkeit und zur grünen Industrieregion! Diese Fragen müssen auch bei der geplanten „Urbane 34“ thematisiert werden.

Wir sind für

- den Erhalt der industriellen Basis und ihre Transformation in moderne, nachhaltige industrielle Produktionsweisen und Produkte mit neuen, qualifizierten Arbeitsplätzen.
- die Entwicklung des Ruhrgebiets zu einem Zentrum der erneuerbaren Energien, dass die Wasserstofftechnologie für industrielle Zwecke ebenso nutzt wie erneuerbare Energien.
- eine stärkere Digitalisierung in der Region.
- den Ausbau der Hilfen und die stärkere Vernetzung von Start-ups, sowohl untereinander als auch mit anderen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen.
- mehr Verantwortung der BMR bei der Flächenentwicklung. Dabei sollte das Ziel der Erhalt und die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen und tarifgebundenen Arbeitsplätzen sein.
- die Umsetzung des Masterplans Handwerk und mehr Aufmerksamkeit für die migrantische Ökonomie im Bereich der Wirtschaftsförderung.
- die Weiterentwicklung der Sozialkonferenz des RVR.
- den Ausbau des Feldes erneuerbare Energien bei der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH – neben der Abfallentsorgung.

Die Linke hat die Standortmarketingkampagne des RVR stets kritisiert und ihre Finanzierung abgelehnt. Es gab zwar durchaus positive Aktionen, wie die Umfrage zur Rolle des Ruhrgebietes bei der Entwicklung von Wasserstoff als Energiequelle. Erfolge der Kampagne bei Firmenansiedlungen, der Gewinnung von Fachkräften und der Verbesserung des Images der Region sind jedoch nicht messbar. Die finanzielle Beteiligung gerade der großen Unternehmen geht gegen Null, obwohl sie teilweise direkt profitieren. Die Zielgruppe der Geflüchteten sowie Fragen der migrantischen Ökonomie für die Gewinnung von Fachkräften sind nie ausreichend betrachtet worden. Die Kampagne muss dringend evaluiert werden, der lange abgesprochene Beirat endlich tätig werden. Davon macht Die Linke ihre weitere Positionierung gegenüber der Kampagne abhängig. In jedem Fall sollte sie bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des RVR, der Business Metropole Ruhr GmbH angesiedelt werden, die auch mehr Aufgaben im Rahmen der Kampagne übernehmen kann.

Wenn Strukturwandel und Transformation der Wirtschaft nicht zu weiteren sozialen Verwerfungen führen sollen, muss endlich die hohe Verschuldung der Großstädte an der Ruhr gelöst werden. So entfielen zum 31.12.2023 von den 20,9 Mrd. Euro an Liquiditätsschulen aller Kommunen in NRW auf die Ruhrgebietskommunen allein insgesamt 11,5 Mrd. Euro. Die Stadt Mülheim a.d.R. wies mit 10.682 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller kreisfreien Städte NRWs auf, gefolgt von Oberhausen mit 10.101 Euro.

Die vom Land gestartete Initiative zur Lösung der Altschuldenfrage kann nur der Anfang sein. Die Bundesregierung ist jetzt in der Pflicht, die versprochene hälftige Beteiligung an der Finanzierung der jeweiligen Länderprogramme auf den Weg zu bringen. Schließlich steigt der Druck auf die kommunalen Haushalte stetig weiter, wie die Zinsen für Kredite steigen und die Gewerbesteuereinnahmen sinken. Mehr denn stehen deshalb die Kommunen vor der Notwendigkeit, Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen. Ergebnis: Streichung wichtiger freiwilliger Leistungen. Um auf diese finanzielle Schieflage der kommunalen Haushalte hinzuweisen, die vor allem durch die stetig wachsenden hohen Sozialausgaben bedingt ist und Lösungsansätze darzustellen, gibt der RVR jährlich einen Kommunalfinanzbericht Ruhr heraus. Außerdem weist der Verband in den Positionspapieren zur EU-Förderung und in Resolutionen an Bund und Land auf die prekäre Lage und deren Folgen hin. Die Linke hält die Fortführung dieser Aktivitäten für notwendig, damit die vom Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nicht weiter massiv auseinander triftet.

4. Musterregion gegen Armut

Ein zentraler Baustein des weiteren Strukturwandels und des sozial-ökologischen Umbaus in der Region muss der Kampf gegen Armut werden. Nach Untersuchungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist die Armutsquote in NRW 2024 um 0,7 Prozent auf 17,4 Prozent gestiegen, im

Ruhrgebiet allein lag sie im Vorjahr sogar bei 22,1 Prozent. Die Höhe dieser Quote ist Ergebnis der Tatsache, dass die Langzeiterwerbslosigkeit im Ruhrgebiet besonders hoch ist. Das ist eine Folge des Strukturwandels der letzten Jahrzehnte. Die Hoffnung, sie würde sich „auswachsen“, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr ist aktives Handeln erforderlich!

Die Armut hat sich in den vergangenen Jahren weiter verfestigt. Die hohe Kinderarmut – in manchen Stadtteilen deutlich über 50 Prozent – zeigt, dass weiter ganze Generationen ohne Perspektive bleiben. Gerade bei Alleinerziehenden sind die Zahlen horrend. Mit wachsender Altersarmut und erwerbslosen Zugewanderten entwickeln sich weitere vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzte Milieus.

Linke Politik steuert dem entgegen – nicht nur mit der Forderung nach einer existenzsichernden Grundsicherung und besserer Bildung für alle. Die Linke ist für eine deutliche Ausweitung von Qualifizierungsmöglichkeiten und Angeboten öffentlicher, gemeinnütziger Arbeit für Langzeiterwerbslose, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Solche Arbeitsverhältnisse müssen tarifgebunden und sozialversicherungspflichtig sein.

Die Sozialkonferenz Ruhr, die der RVR einmal jährlich durchführt und die auf Anträge der Fraktion Die Linke zurückgeht, muss weiterentwickelt werden. Sie soll zu einer stärkeren Vernetzung der Sozialpolitik der Kommunen genutzt werden. Sie kann dazu beitragen, gemeinsam innovative Projekte der Armutsbekämpfung zu entwickeln.

Die begonnene Sozialstatistik muss in eine Sozialberichterstattung für die Region münden, ähnlich der Bildungsberichterstattung und konkrete Handlungsempfehlungen an Bund, Land und Kommunen enthalten. Wenn man nicht darüber spricht, ändert sich nichts – und Langzeitarbeitslosigkeit und Armut sind die größten sozialen Flanken des Ruhrgebiets.

Der RVR und seine Gesellschaften sollen als öffentliche Arbeitgeber gute Beschäftigungsbedingungen bieten. Personalentwicklung, Gleichstellung, die Abschaffung zunächst sachgrundloser Befristungen, überbedarfsmäßige Ausbildung sind Stichworte, die weiterverfolgt und umgesetzt werden müssen.

Der RVR ist zusammen mit den Kommunen der Träger der Freizeitgesellschaften des Ruhrgebietes. Mit dem Förderprogramm Revierparks 2020 + wurden in den letzten Jahren die Parks nicht nur ökologisch ertüchtigt, sondern zu Freizeit- und Erlebnisstätten ausgebaut. Nun muss es um den nachhaltigen ökologischen Umbau der Bad- und Saunalandschaften gehen, ohne dass es zu weiteren Steigerungen der Eintrittspreise kommt.

Für Menschen mit geringem Einkommen sind die Revierparks häufig eine der wenigen Möglichkeiten, Erholung und Freizeit zu gestalten. Seit Jahren fordert Die Linke die Einführung von Sozialtarifen, wie es sie in den kommunalen Bädern überall gibt. Es wird Zeit, dass diese Forderung umgesetzt wird.

5. Mobilität neu denken – Umweltverbund stärken

Der RVR hat nach dem RVR-Gesetz Zuständigkeiten für die Verkehrsplanung. 2021 hat der Verband in Kooperation mit den Kommunen und Verkehrsverbünden das erste Mal ein regionales Verkehrskonzept vorgelegt. Das ist dringend notwendig, denn die Region hat jahrzehntelang vor allem aufs Auto gesetzt. Der ÖPNV hinkt hinter anderen Metropol-Regionen weit hinterher, Fuß- und Radverkehr ebenfalls. Gleichzeitig liegt die Verkehrsplanung in der Hand der Kommunen, die sich nicht in die Karten gucken lassen wollen.

Die Linke hält das Regionale Mobilitätskonzept für einen guten Aufschlag, dass eine nachhaltige multimodale Verkehrsstruktur für Personen- und Güterverkehre ermöglicht. Gerade der ÖPNV ist Teil der Daseinsvorsorge. Er muss aus sozialen Gründen verbessert werden und ist eine Schlüsselfrage zum Stopp des Klimawandels.

Das Rückgrat unseres Mobilitätskonzepts ist der Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn. Die Linke will diesen Themenbereich noch stärker besetzen, um eine echte sozial-ökologische Verkehrswende zu erreichen. Den Anteil der im Umweltverbund zurückgelegten Wege wollen wir deshalb deutlich steigern und den Anteil des motorisierten Individualverkehrs reduzieren. Die „autogerechte Stadt“ ist nicht zukunftsfähig.

Wir sind für

- eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung, die auf Verkehrsvermeidung und energiesparende Verkehrsmittel setzt.
- einen einheitliche Nahverkehrsplan für das gesamte Ruhrgebiet, um die Verbindungen zwischen den Städten zu verbessern.
- ein flächendeckendes, pünktlich fahrendes und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umstiegsmöglichkeiten sowie einem einheitlichen, sozialverträglichen Tarifsystem, das perspektivisch unentgeltlich ist.
- eine Raumplanung der kurzen Wege zwischen Wohnen, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur.
- den Verzicht auf neue Autobahnverbindungen im Ruhrgebiet, wie der A 52.
- die deutliche Reduzierung der 17 kommunalen Verkehrsgesellschaften im Ruhrgebiet möglichst durch Kooperationen, zur Not durch ein Landesgesetz. Es muss kooperative und demokratische Regelungen zur Einbeziehung von Interessenvertretungen der Fahrgäste, der Beschäftigten, der Umweltverbänden usw. geben.

Die Radwegeinfrastruktur muss auf der Grundlage des beschlossenen Regionalen Radwegekonzept ausgebaut werden, um den Alltagsradverkehr zu stärken.

Wir sind für

- den Ausbau der Kompetenz des RVR beim Radewegbau und der Unterhaltung und Pflege der Radwege durch Übertragung der Aufgaben auf den RVR.
- eine schnelle Umsetzung des RS 1 von Hamm bis Moers sowie der anderen regionalen Radschnellverbindungen und eine regelmäßige Berichterstattung durch Straßen NRW – der gegenwärtige Zustand ist schlicht inakzeptabel.

Beim Güterverkehr muss eine intelligente Verknüpfung von Transport- und Logistikleitsystemen mit Vorrang von Schiene und umweltfreundlicher Schifffahrt gefördert werden. Der Güterverkehr auf der Straße muss deutlich reduziert werden, auch durch kommunale Güterverteilzentren an den Stadträndern. Der RVR sollte hier prüfen, ob er Musterprojekte unterstützen kann.

6. Umweltgerechtigkeit – wichtiger Schwerpunkt linker Umweltpolitik

Auf Grundlage der Beschlüsse des Ruhrparlaments bietet der RVR den Städten und Landkreisen bereits viele Dienstleistungen an, die eine Hilfestellung auf dem Weg zu mehr Klimaverträglichkeit darstellen, z.B. bei der Klimaanalyse und zur Vorbeugung gegen Starkregen-Ereignisse. Mit dem Klimarechner kann jede Kommune ermitteln, welche Wirkung einzelne Maßnahmen auf die Änderung des Klimas haben.

Der RVR hat die verschiedenen Instrumente zur Beobachtung und Entwicklung der Umwelt in Ruhr weiterentwickelt. Dazu gehören auch Überlegungen, wie man Umweltgerechtigkeit darstellen kann. Diesen Ansatz hat Die Linke in die Diskussion gebracht, denn beim Kampf gegen den Klimawandel muss die soziale Ausgewogenheit beachtet werden – sonst gibt es keine Akzeptanz der nötigen Maßnahmen, wie die Diskussionen der letzten Jahre zeigen. Und es kann nicht angehen, dass vor allem diejenigen die Zeche zahlen, die den geringsten ökologischen Fingerabdruck haben. Denn die Größe der CO2-Emissionen ist auch eine Frage von arm und reich. Gleichzeitig zeigen die Klimaanalysen des RVR, dass die Umweltbelastungen dort besonders hoch sind, wo Menschen mit niedrigen Einkommen wohnen.

Die aktuelle Treibhausgasbilanz des RVR zeigt, dass das Ruhrgebiet seine Klimaziele verfehlt. Umso wichtiger ist es, die vom RVR beschlossene Strategie Grüne Infrastruktur in den nächsten Jahren umzusetzen – sowohl als Beitrag zur Klimafrage als auch aus sozialen Gründen. Aus Papieren müssen mehr sichtbare Projekte für die blau-grüne Infrastruktur werden. Erneuerbare Energien auf den Flächen des RVR und die Umsetzung des Biodiversitätskonzeptes sind dabei von zentraler Bedeutung.

Vieles kann der RVR nur mit den Kommunen gemeinsam voranbringen, andererseits kann keine Kommune allein die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen. Doch auch Partnerinnen wie die Emschergenossenschaft und der Ruhrverband müssen mit ins Boot.

Wir sind für

- die weitere, bedarfsgerechte Unterstützung der Kommunen durch den RVR bei der Wärmeplanung und Umsetzung.
- die Beteiligung der Kommunen, Initiativen, der städtischen Unternehmen an der Umsetzung des Konzeptes erneuerbare Energien auf den Halden und Flächen des RVR. Hier müssen auch Modelle der Bürgerbeteiligung und Genossenschaftslösungen ausprobiert werden.
- die Ausstattung des Eigenbetriebes Ruhr Grün mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen.
- die Evaluierung des Emscher Landschaftspark und des Trägervertrages mit dem Land bis 2026, um die Grundlagen für eine Verlängerung für die nächsten zehn Jahre einschließlich Anpassung der Finanzierung an den Bedarf zu erreichen.

Internationale Gartenausstellung 2027 als Projekt für nachhaltige Entwicklung im Revier

Die Internationale Gartenausstellung Ruhr 2027 (IGA), die der RVR plant, hat die Zielsetzung „Wie wollen wir morgen leben?“. Sie ist zwar insgesamt stark „abgespeckt“ worden, aber wird nach wie vor mehr und anders werden als eine „Blümchenschau“. Für Die Linke wird sich der Erfolg der IGA nicht nur an der Einhaltung der Finanzplanung messen, sondern vor allem an der Nachhaltigkeit der Flächenentwicklung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Lösung von Verkehrsfragen.

Die Idee der Nutzung der RRX-Linien quer durchs Ruhrgebiet wird wohl nicht zu halten sein, umso mehr braucht es weitere Überlegungen, wie diese Ansätze nach 2027 realisiert werden können.

Wir sind deshalb für

- die Evaluation der erreichten nachhaltigen Effekte der IGA und ihrer Übertragung auf andere Projekte in Sachen „Wie wollen wir morgen leben?“.
- die Förderung von Kooperationen mit Initiativen, Künstler*innen, Kleingärtenverbänden u.a., die sich bei der Gestaltung und Umsetzung des Rahmenprogrammes engagieren.

7. Naturnahe Waldbewirtschaftung für klimaresiliente Wälder

Als größter kommunaler Waldbesitzer verfügt und bewirtschaftet der RVR eigene und kommunale Flächen im Umfang von 20.000 Hektar. Sie sind wichtig als „Grüne Lunge“ des Ruhrgebiets, aber auch für Erholung und Freizeit. Eine der größten Herausforderungen ist es, die Wälder klimaresilient zu machen. Nach riesigen Abholzungsaktionen im vorletzten Jahrhundert wurden sie oft als Nadelholz-Monokulturen aufgeforstet, die dem Klimawandel nicht standhalten.

Das Insektensterben, der Rückgang der Brutvogel-Population und das Absterben heimischer Baumarten auch im RVR-Gebiet bieten genug Anlass zur Sorge um die Stabilität unserer Ökosysteme. Maßnahmen, die dem Erhalt der Stabilisierung und Ausweitung der Biodiversität dienen, sollten Vorrang haben.

Naturwaldzellen, die gar nicht bewirtschaftet werden, lösen die Probleme eher nicht, auch wenn Die Linke dafür ist, ihren Anteil auf 10 Prozent zu erhöhen. Eine naturnahe Waldbewirtschaftung, die den Wald umgestaltet, aber auf Flächenrodungen verzichtet, kann dagegen mehr Artenreichtum und mehr Widerstandskraft gegenüber Dürren und Krankheiten bringen.

Als Perspektive sollte die Waldpflege im Ruhrgebiet aus einer Hand kommen. Deshalb halten wir die schrittweise Übertragung der Pflege und Bewirtschaftung kommunaler Wälder an Ruhr Grün, wie es mit Mülheim gerade vereinbart wurde, für zielführend. Gleichzeitig muss Ruhr Grün stärker mit dem Landesbetrieb Wald kooperieren und in die Lage versetzt werden, wie private Waldbesitzer von den Förderungen des Landes zu profitieren.

Wir sind für

- die Erweiterung des Ausbildungsportfolios bei Ruhr Grün im Bereich Landschaftspflege.

- die Ausbildung von mehr Frauen in Forstberufen.
- die Ausweitung der Bereiche Gemeinwohlorientierter Arbeit bei Ruhr Grün.
- mehr Umweltbildung und die Arbeit mit dem Ökopunktesystem.
- den flächendeckenden Einsatz von Ranger*innen im Verbandsgebiet.

Mit der Übernahme von bisher 20, perspektivisch 46 Halden von der RAG hat der RVR die Möglichkeit, diese Relikte des Kohlenbergbaus als Landmarken für verschiedene Zwecke wie Freizeit und Tourismus, erneuerbare Energien und Naturschutz zu entwickeln. Das regionale Konzept zur Entwicklung der Halden im RVR-Besitz steht. Nun gilt es diese Ansätze für jede Halde mit den Kommunen vor Ort zu diskutieren, die Förderung zu klären und mit der Umsetzung zu starten!

8. Bildungsoffensive Ruhr – armutssensibles Handeln stärken!

Auch wenn Bildung nicht zu den Aufgaben des RVR gehört, hat der RVR seit mehreren Jahren Formate zum Austausch von Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen, Institutionen und Verwaltungen zu Bildungsfragen entwickelt. Die Linke hält es für wichtig, sie fortzusetzen. Der zweite Bildungsbericht Ruhr hat nämlich erneut bestätigt: In kaum einer anderen Region in Deutschland ist der Zugang zu Bildung, Schulabschluss oder Studium so abhängig vom Geldbeutel der Eltern wie hier.

Chancengleichheit in der Bildung ermöglicht man nicht über Talentschulen, Talentscouts, Förderstipendien und die gymnasiale Schullandschaft, wie die Landesregierung das will, sondern durch eine bessere Bildung für alle. Niemand darf zurückbleiben, eine Schule für alle!
Mit dem neuen Startchancen-Programm wollen Bund und Land aktuell 381 Schulen im Ruhrgebiet unterstützen, bei denen der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Armutsgefährdung, Migrationsgeschichte und Förderbedarf besonders hoch sind. Die Betreuung der Schulen durch die RuhrFutur gGmbH soll sicherstellen, dass das Geld sinnvoll verausgabt wird. Mit der Übernahme der RuhrFutur gGmbH durch den RVR besteht die Chance, stärker als bisher Themen zu bearbeiten, die zur Beseitigung der bestehenden Bildungsungerechtigkeit beitragen.

Das Ruhrgebiet braucht ein Bildungsoffensive, die in der Kita anfängt und alle Bildungswege erfasst, bis hin zum lebenslangen Lernen! Dazu gehören auch neue Alphabetisierungs- und Lernförderprogramme, die Stärkung der Bildung im Quartier und armutssensibles Handeln an jeder Schule. Nur so können Armutskreisläufe unterbrochen werden – auch das ist ein wichtiger Baustein für eine Musterregion gegen Armut.

Wir sind für

- die Weiterentwicklung der Bildungskonferenz Ruhr als Möglichkeit zum Austausch über gute und schlechte Ansätze in der Bildungspolitik. Dabei sollten auch die Kitas beachtet werden, denn Bildung fängt dort an!
- die Aufnahme von Volkshochschulen in die Bildungsberichterstattung. Sie leisten einen Beitrag zum lebenslangen Lernen und bei der Gestaltung der Integrations- und Sprachkurse.
- mehr politische Bildung und Demokratiebildung.
- die Dynamisierung des Zuschusses des Landes für die RuhrFutur gGmbH, damit sie ihren Aufgaben nachkommen und wachsen kann.

Die Ansiedlung der Universitäten hat zu einer lebendigen und breiten Wissenschaftslandschaft im Ruhrgebiet geführt. Sie nimmt in verschiedenen Bereichen inzwischen Spitzenpositionen ein. Der Anteil der Studierenden aus Arbeiterhaushalten ist im Ruhrgebiet besonders hoch.

Der Wissensgipfel Ruhr und die Universitätsallianz sind gefordert, sich stärker mit Fragen zu beschäftigen, wie man die sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft und Armut überwinden kann.

9. Kultur und Sport als „Kitt“ zwischen den Nationen und Kulturen stärken

Die Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Regionalverbandes Ruhr (RVR) zur Mentalität in sieben deutschen Regionen hat ergeben, dass Einwohner*innen des Ruhrgebiets als besonders sozial kompetent gelten und sich selbst so sehen. Vielfalt ist die Grundlage eines friedlichen, verträglichen Zusammenlebens. Das gilt gerade für Kunst und Sport.

Der RVR hat mit dem Land NRW die Vereinbarung zur Regionalen Kulturstrategie Ruhr 2030 neu abgeschlossen. Sie verankert erstmals die Förderung eines niedrigschwelligen, partizipativen Zugangs zu Kunst und Kultur. Hierauf werden wir bei der Entwicklung in der Kultur- und Sportpolitik des RVR ein besonderes Augenmerk legen. Die Fördermittel müssen zur Förderung von Institutionen, freischaffenden Künstler*innen und Initiativen und Vereinen eingesetzt werden, zumal schwarz-grün auf Landesebene weitreichende Einschnitte bei der Förderung von Kunst und Kultur plant.

Bei der Förderung sollen auch Künstler*innengruppen und Initiativen unterstützt werden, die geflüchtete Künstler*innen fördern. Die Erhöhung der Fördermittel im Bereich Interkultur für die Die Linke jahrelang gestritten hat, bietet die Chance dafür.

Kultur- und Sporteinrichtungen sind wichtige Bestandteile der Daseinsvorsorge und der Bildung. Kultur und Sport müssen divers, inklusiv und für alle barrierefrei zugänglich gestaltet sein. Gerade im Sport kämpfen Vereine um ihr Überleben, da zu wenige Menschen sich die Mitgliedsbeiträge leisten können. Anlagen für den Breitensport fallen unter den Hammer, weil die Kommunen die Verkehrssicherungspflicht nicht mehr erfüllen können. Gleichzeitig träumt die Landesregierung von Olympia an Rhein und Ruhr ohne bisher auch nur zu sagen, was das kosten wird.

Die Linke sieht Olympische Spiele an Rhein und Ruhr kritisch und ist gegen die Verschwendung von Geld und Personal des RVR für solche Pläne. Ohne Bürgerentscheid geht es sowieso nicht, sagt selbst die Landesregierung. Sie lässt aber bisher im Unklaren, wann und wie es zu einer solchen Beteiligung kommen soll. Statt in fragwürdige Großevents zu investieren, gilt es den Vereins- und Breitensport zu fördern. Hierzu sollte es Austauschformate seitens des RVR mit dem Landessportbund geben.

Wir sind im Bereich der Kultur für

- die Verabschiedung der Mindesthonorarverordnung NRW. Finanzielle Mehrbedarfe sind über die Erhöhung der Fördermittel aufzufangen.
- eine stärkere Zusammenarbeit mit der BMR, damit die Übertragung der Mittel für die Kreativquartiere auf den RVR dazu führt, dass die Kreativen in den bestehenden Quartieren von der Förderung auch wirklich profitieren.
- einen Ruhrgebiets-Sozialpass für Kultur, Kunst und Freizeitgesellschaften, um Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu erleichtern.

Wir sind beim Sport für

- die Stärkung von Nachhaltigkeit, Inklusion und Barrierefreiheit bei attraktiven, inzwischen etablierten Veranstaltungen wie den Ruhr Games, bei denen Spitzen- und Trendsportarten auf ein breites Kulturangebot und internationalem Jugendaustausch treffen.
- die Erhöhung der Mittel zur regionalen Sportförderung des RVR.
- die Öffnung der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr (FMR) für den Beitritt aller kommunalen Bäder. Dafür braucht es die Erarbeitung des Masterplans Bäder Ruhr. Auch der Revierpark Gysenberg Herne GmbH sollte endlich in die FMR integriert werden.

2027 gilt es eine weitere Verlängerung des Trägerschaftsvertrages mit dem Land für die Route der Industriekultur mit einer Mindestlaufzeit von 10 Jahren zu erreichen. Zuvor gilt es die Inhalte des Vertrages auf den Prüfstand zu stellen, um den anstehenden Herausforderungen bei Erhalt und Nutzung gerecht zu werden. Eine Dynamisierung der Mittel ist dringend notwendig.

Die Route Industriekultur soll um die Route der sozialen Teilhabe ergänzt werden.

Die Linke hält die Schaffung einer Bundesstiftung Industriekulturpflege weiter für notwendig. Der Bundesverband Industriekultur Deutschland e.V. mit Sitz im LWL-Museum Zeche Zollern in Dortmund ist ein Schritt, um dieses Anliegen gegenüber der Bundesregierung voranzubringen.

10. Integration und Vielfalt – Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen

Vielfalt ist eine Stärke des Ruhrgebietes, denn es ist seit mehr als 150 Jahren Einwanderungsland. Das Ruhrgebiet hat sich erst durch Zuwanderung entwickelt. Und für die letzten Jahre gilt: Ohne

den Zuzug von Geflüchteten in die Großstädte an der Ruhr wären die Bevölkerungsverluste der vergangenen Jahrzehnte nicht gestoppt worden.

Die Auswirkungen auf das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und das Ziel der Wahrung gleicher Chancen für alle hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Herkunft muss bei allen Entscheidungen des RVR beachtet werden. Integration wird vor allem in den Kommunen geleistet. Bund und Land sind gefordert, diese Leistungen zu finanzieren und Integrationsarbeit zu erleichtern.

Der RVR, der seit Jahren interkulturelle Arbeit fördert, kann die kommunale Arbeit begleiten und durch Projekte in der Region unterstützen. Er kann die Entwicklung von kommunalen Integrationskonzepten unterstützen. Um gemeinsame Lösungen für die unterschiedlichen Fragen der Integration (Bildung, Gesundheit, Arbeit) zu finden, sollte auch die jährliche Sozialkonferenz des RVR genutzt werden. Der RVR sollte eine wissenschaftliche Studie zur Integration in der Region in Auftrag geben mit den Schwerpunkten Bildung, Arbeit, Zusammenleben im Quartier und Demokratie, aus der kommunale Handlungsansätze für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche abgeleitet werden können.

Die Linke hat bereits mehrfach einen Integrationspreis des RVR gefordert. Initiativen, Vereine, Verbände und Unternehmen, die besondere Leistungen für eine gelungene Integration erbracht haben, sollen damit geehrt werden. Dabei geht es um Projekte aus unterschiedlichen Bereichen, wie Arbeitsmarktintegration, Sprachförderung, gesellschaftliche Teilhabe und Bildung. Diese Forderung sollte endlich umgesetzt werden.

Die Linke im RVR unterstützt die breite Bewegung gegen die Rechtsentwicklung der Gesellschaft. Auch der RVR muss sich stärker mit zunehmendem Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und mit Homophobie auseinandersetzen. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Kultur und Sport. Erfreulich ist, dass der RVR bei rechten Demonstrationen bereits „Flagge gezeigt“ hat.

Ein Teil der Kommunen des Verbandsgebietes hat inzwischen kommunale Handlungskonzepte für mehr Demokratie, Toleranz und Vielfalt entwickelt. Der RVR sollte daran anknüpfen. Er kann zu einer Verzahnung der Angebote, der Unterstützung der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Bereitstellung finanzieller Mittel, der Nutzung von Stiftungs-, Landes-, Bundes- oder europäischen Fördermitteln beitragen und dazu z.B. die Beigeordnetenkonferenzen nutzen.

Die Linke lehnt jede Zusammenarbeit mit rechtsextremen, faschistischen und rassistischen Kräften ab. Das gilt auch für die Arbeit im RVR und im Ruhrparlament. Mit uns wird es keine gemeinsamen Anträge mit der AfD oder Mehrheiten durch AfD-Stimmen geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es dazu auch in Zukunft nicht kommt.